Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Lützow 3394. * Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Markzeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Markzeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 247. [53. Jahrgang.] **Sonntag den 19. Oktober 1913. Zweite (Morgen-)Ausgabe.** **[53. Jahrgang.] Nr. 247.**

Berlin, den 18. Oktober.

Wochen-Rundschau.

Die Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland haben in dieser Woche erfreuliche Fortschritte gemacht. Ueber die wichtige Indigenatsfrage ist eine Verständigung bereits erzielt worden. Dagegen steht die Einigung in den Fragen der Muftis und der Vakufs noch aus. Wenn die Verhandlungen in gegenseitigem guten Willen fortgeführt werden, so werden sich auch diese Schwierigkeiten wohl ausgleichen lassen. Zu einer günstigen Beurteilung der griechisch-türkischen Beziehungen trägt der Umstand bei, daß in der türkischen Demobilisation jetzt ein lebhaftes Tempo eingeschlagen worden ist. Auf beiden Seiten scheint sich danach der Wunsch zu befestigen, die Differenzen zu einer friedlichen Lösung zu bringen.

In Albanien geschehen weiter Dinge, die durch das Vorgehen Serbiens nicht mit der berechtigten Zurückweisung albanischer Uebergriffe begnügt, sondern haben in den letzten Wochen wesentliche Teile Albaniens besetzt und in einigen Plätzen bereits serbische Verwaltung eingerichtet. Die Begründung eines selbständigen Staates Albanien beruht auf einem europäischen Beschluß, der erst nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist. Sämtliche Mächte sind daran interessiert, daß das von ihnen geschaffene Werk erhalten bleibt. Ein besonderes Interesse daran haben aus oft erörterten Gründen Oesterreich-Ungarn und Italien. Es ist daher selbstverständlich, daß Deutschland für die volle Aufrechterhaltung des Londoner Beschlusses eintritt. Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen in Belgrad ebenso wohlgemeinte wie nachdrückliche Vorstellungen erhoben, um die serbische Regierung zu schleuniger Zurückziehung ihrer Truppen und voller Aufrechterung der Londoner Abmachungen zu veranlassen. Die serbische Regierung, die wiederholt Beweise politischer Klugheit und richtiger Wertung der Verhältnisse gegeben hat, hat es in der Hand, durch unverzügliches Einlenken die Situation zu klären. Hierzu ist Serbien um so eher in der Lage, als die Mächte den Verhältnissen in Albanien alle Aufmerksamkeit zuwenden. Die internationale Kontrollkommission hat ihre Arbeiten bereits begonnen, und mit einer baldigen Wirksamkeit der internationalen Gendarmerie ist bestimmt zu rechnen. Daß Serbien nach dem reichen Gebietszuwachs, der ihnen zugefallen ist, nach dem reichen Gebietszuwachs, der ihm zugefallen ist, serbischer Seite ausgesprochen worden. Nach alledem ist zu erwarten, daß Serbien rechtzeitig Entschließungen fassen wird, die den Forderungen der Mächte entsprechen.

•

Die letzten Nachrichten aus Mexiko lassen erkennen, daß die Zuspitzung der Lage andauert, wodurch naturgemäß bis zu einem gewissen Grade ihre Verschärfung bedingt ist. Die deutsche Regierung hat infolgedessen besondere Vorkehrungen zum Schutze der Interessen deutscher Reichsangehöriger in Mexiko getroffen. Am nächsten Sonntag schon sollen die Wahlen für die Präsidentschaft vor sich gehen, die Aussicht, daß sie eine Lösung der Krisis bringen werden und damit eine Konsolidierung der Verhältnisse, ist aber zurzeit nicht sehr groß. Der Erfolg der Rebellen in Torreon ist von der Regierung noch nicht wieder wettgemacht worden, und die Verwirrung der inneren Verhältnisse hat eine bedeutende Steigerung erfahren durch die Verhaftung von 110 Abgeordneten, die der Regierung die weitere finanzielle Unterstützung verweigerten. Ferner hat Huerta den Kongreß aufgelöst, und es ist nicht ersichtlich, wie sich unter diesen Umständen die Wahlen werden in gesetzmäßigem Rahmen vollziehen können. Die Opposition im Lande bekommt durch das alles Waffen gegen die Regierung Huertas, denen dieser anscheinend nur noch durch Gewalt begegnen kann. Es sind also die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen für die Kongreß- und Präsidentenwahlen gegeben. Die Vereinigten Staaten haben auch bereits in aller Form der mexikanischen Regierung mitgeteilt, daß sie unter diesen Umständen die für den 26. Oktober ausgeschriebenen Wahlen nicht anerkennen werden, und die Vertreter der ausländischen Staaten in Mexiko haben gemeinsame Besprechungen über die Lage eingeleitet. Von einer Einmischung ist dabei aber nicht die Rede, und auch für die Vereinigten Staaten hat Präsident Wilson erklärt, diese würden von ihrem Standpunkte, daß die Mexikaner ihre Angelegenheiten selbst regeln müßten, nicht abgehen.

•

Die gemeinsamen österreichisch-ungarischen Minister haben sich in diesen Tagen nach langwierigen Verhandlungen über die neue Wehrvorlage zur Vervollständigung der Rüstung der Monarchie geeinigt. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents beläuft sich auf 31 300 Mann. Davon sollen entfallen auf das gemeinsame Heer 16 500, auf die Kriegsmarine 1500, auf die österreichische Landwehr 7300 und auf die ungarische Landwehr 6000 Mann. Mit Rücksicht auf die Finanzlage in beiden Staaten wird jedoch die Erhöhung des Kontingents nicht auf einmal erfolgen, sondern ist mit jährlichen Steigerung für den Zeitraum von 3 bis 5 Jahren in Aussicht genommen. In ihrem Endergebnisse wird die neue Wehrvorlage folgenden Rekrutenstand zur Folge haben: beim gemeinsamen Heer 177 500 (hiervon bei der Kriegsmarine 6000 Mann), bei der österreichischen Landwehr 34 296 Mann, bei der ungarischen Landwehr 31 000 Mann, für Tirol und Vorarlberg 1004 Mann, für Bosnien und die Herzegowina 7763 Mann. Der Rekrutenstand der gesamten Armee wird sich somit auf 251 563 Mann belaufen, woraus sich unter Einrechnung der Längerdienenden aller Kategorien eine Friedenspräsenzstärke von etwa 600 000 Mann ableiten läßt.

Die gegenwärtige Höhe des Marinebudgets wird auch in der Zukunft nicht überschritten werden, da nach dem gegenwärtigen Flottenbauprogramm durch seine Erstreckung ab 1914 hinaus Jahresraten von 55 bis 95 Millionen Kronen zur Schaffung neuer Dreadnoughts verfügbar bleiben. Der Mannschaftsstand der Marine wird, wie erwähnt, um 1500 Mann erhöht.

Erst vor Jahresfrist beschäftigten sich die zuständigen Stellen in Oesterreich-Ungarn mit der Frage einer Erhöhung der Militärkredite, und jetzt haben die Ereignisse des letzten Jahres eine neue Wehrvorlage als notwendig erwiesen als Ergänzung der ersteren. Damals hob der Kriegsminister von Auffenberg hervor, daß es sich nicht um Rüstungskredite, sondern um Ausgestaltungskredite handele, und warnte davor, etwa erst den Augenblick äußerster Not abzuwarten. Der Krieg müsse so vorbereitet sein, daß es nicht notwendig sei, ihn zu führen. Durch die neue Kontingentserhöhung und die damit zusammenhängenden Reorganisationen erfährt die Armee Oesterreich-Ungarns einen weiteren Zuwachs an Widerstandskraft und Kampffähigkeit und damit eine Steigerung ihrer Bedeutung im Sinne der Sicherung des Friedens.

•

Ministerpräsident Graf Stürgkh hat in der vergangenen Woche an die Vorstände der tschechischen Landesparteien, des Verbandes der deutschböhmischen Abgeordneten sowie der verfassungstreuen und des konservativen Großgrundbesitzes Böhmens Einladungen zu Vorbesprechungen über die Wiederaufnahme der deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen gerichtet. In den Einladungen heißt es: „Mit dem an mich gerichteten Allerhöchsten Handschreiben am 26. Juli d. J. haben Seine K. und K. apostolische Majestät den Wunsche nach Schaffung von Grundlagen für das vertrauensvolle Zusammenwirken beider das Königreich Böhmen bewohnender Volksstämme Ausdruck zu verleihen und die Absicht der Regierung zu billigen geruht, mit nachdrucksvoller Initiative und unter Inanspruchnahme des Rates und der Mitwirkung hierzu berufener Persönlichkeiten die Sicherstellung solcher Grundlagen anzubahnen. In Vollziehung das ihr hiermit zuteil gewordenen Allerhöchsten Auftrages und in Betätigung ihrer eigenen Ueberzeugung von der Notwendigkeit, die Ausgleichsbestrebungen im Königreich Böhmen zielbewußt fortzusetzen, beabsichtigt die Regierung in nächster Zeit Verhandlungen wegen Regelung der wichtigsten, in nationalpolitischer Hinsicht schwebenden Fragen einzuleiten und einem gedeihlichen Abschlusse zuzuführen." Daran knüpft sich die Einladung zu einer Besprechung, als deren Zweck die Entgegennahme näherer Aufklärungen über die gegenständlichen Absichten der Regierung sowie eine Erörterung der Modalitäten für die Einleitung und Durchführung der vorerwähnten Verhandlungen bezeichnet wird.

Wieder einmal sind also Ausgleichsverhandlungen zwischen Tschechen und Deutschen im Gange, und wieder einmal haben sich ihnen gleich von Anfang an beträchtliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Der Ministerpräsident hatte die Führer der Parteien in Böhmen zum 15., 16. und 17. Oktober eingeladen, um ihnen darzulegen, welches Programm die Regierung für die neuen Ausgleichsverhandlungen entworfen hat. Wenn die Parteivorstände ihre Fraktionen verständigt haben werden, sollen dann die eigentlichen Verhandlungen beginnen. Die Konferenz des Ministerpräsidenten mit den tschechischen Vertretern nahm auch unter Teilnahme des Ministers des Innern Freiherrn von Heinold und des Statthalters Fürsten Thun den angekündigten Verlauf. Graf Stürgkh gab den Abgeordneten die Pläne der Regierung bekannt, worauf sie einige Wünsche vortrugen. Die Entschließung liegt nun zunächst bei ihren Parteien. Die weiteren einleitenden Schritte der Regierung aber fanden wider Erwarten den Widerstand der deutschen Vertreter. Diese wünschten, daß an der Besprechung mit ihnen seitens der Regierung nur Ministerpräsident Graf Stürgkh teilnehme. Sie waren, wie eine von ihnen veröffentlichte Mitteilung besagt, in ihrer Vorbesprechung einmütig der Ansicht, im Hinblick auf die Komotauer Beschlüsse es ablehnen zu müssen, auf eine Verhandlung unter Teilnahme des Statthalters Fürsten Thun einzugehen, bevor die Vollversammlung der deutschböhmischen Abgeordneten hierüber einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt hat. Der Ministerpräsident erklärte, er könne dem geäußerten Wunsche aus einer Reihe von prinzipiellen Gründen politischer und taktischer Natur nicht entsprechen. Eine Uebereinstimmung in dieser Frage war nicht zu erzielen, und Abg. Pacher erklärte schließlich namens der deutschböhmischen Abgeordneten, auf die Verhandlung der Konferenz zu verzichten. Von führender deutschböhmischer Seite wurde allerdings der „Deutsch-böhmischen Korrespondenz" mitgeteilt, daß von einem Abbruch der von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen nicht gesprochen werden könne. Die Vorgänge bildeten nur einen wenn auch sehr unliebsamen Zwischenfall. Die Deutschen würden aber unter keinen Umständen irgendwelche Verhandlungsmodalitäten zulassen, die dahin gedeutet werden könnten, sie hätten die Beschlüsse des Komotauer Volkstages nicht mehr in vollem Umfange zu Recht bestehen. Diese seien nach wie vor die Richtlinien für die deutschböhmische Politik in der nächsten Zukunft. Die Mitteilung wendet sich dann dagegen, daß die Hauptforderung der Deutschen, die nationale Abgrenzung, in das Verhandlungsprogramm nicht einbezogen werden soll.

Immerhin haben sich dem Fortgange der Verhandlungen nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt. Ueber die sachlichen Differenzpunkte zwischen Deutschen und Tschechen läßt sich die Wiener „Deutsch-nationale Korrespondenz" des längeren aus; u. a. schreibt sie:

So groß auch die Zahl der Fragen ist, die geordnet werden sollen, so lassen sich aus ihnen doch nur zwei herausheben, hinsichtlich deren Deutsche und Tschechen auch heute noch völlig entgegengesetzter Meinung sind. Es ist dies einerseits die Frage der Wahlreform und anderseits die der Neuordnung der böhmischen Landesverwaltung. In der letzten Vertrauensmännerversammlung der Jungtschechen, die heute formell wenigstens zu den gemäßigten tschechischen Fraktionen zählen, ist beschlossen worden, in Ausgleichsverhandlungen unter der Voraussetzung einzutreten, daß erstens die Unteilbarkeit Böhmens in Gesetzgebung und Verwaltung aufrechterhalten bleibe und in dem neuen Ausgleich auch die Frage der Landtagswahlreform einbezogen werde. Die Deutschen sind der letzteren nicht abgeneigt, allein in derselben tschechischen Vertrauensmännersitzung hat der Vorsitzende Dr. Kramarsch den erwähnten Beschluß sofort dahin kommentiert, daß die Tschechen die Errichtung einer vierten Landtagswahlkurie verlangen, die aus den bisherigen Nichtwählern gebildet werden soll. Diese Reform lehnen nun die Deutschen unbedingt ab, da eine solche Kurie zu einer ausschließlich sozialdemokratischen bzw. tschechischen Domäne und dadurch die Stellung der Deutschen im Landtage neuerdings aufs empfindlichste geschwächt werden würde. Dies ist der eine der beiden Hauptdifferenzpunkte, der andere liegt darin, daß die Tschechen auf dem Standpunkt der Unteilbarkeit Böhmens auch in bezug auf die Landesverwaltung stehen, während die Deutschen in dieser Hinsicht eine völlige Teilung Böhmens in eine tschechisch-böhmische und in eine deutsch-böhmische Provinz erstreben. In allen übrigen Punkten sind die Gegensätze nicht so schroff wie in diesen beiden.

Aus dem Lande selbst ist der Wunsch nach dem endlichen Gelingen des Ausgleichs gerade in letzter Zeit recht vernehmlich zum Ausdruck gekommen. Darauf weist auch das Wiener „Fremdenblatt" mahnend hin und faßt dann sein Urteil über die Lage wie folgt zusammen: „Graf Stürgkh kann sicherlich auf allgemeine Zustimmung rechnen, wenn er hervorhob, daß es kein anderes Mittel gebe, die autonomen Einrichtungen Böhmens wieder mit der lebendigen Kraft gedeihlichen Wirkens zu erfüllen, als die Herstellung der nationalen Ordnung, und daß es nicht bloß zu einem verfassungsmäßigen Scheinleben in Böhmen kommen dürfe, daß vielmehr die gegenwärtigen provisorischen Einrichtungen erst dann entbehrlich sein werden, wenn die Funktionen des autonomen Apparates mit der vollen Gewähr, den verfassungsmäßigen Aufgaben auch wirklich gerecht zu werden, wieder einsetzen können. Die Verantwortung, die auf allen Faktoren lastet, die in der Ausgleichsfrage mitzusprechen haben, ist in der Tat besonders groß und schwer. Die Bevölkerung will den Frieden. Sie hat dies mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, und sie verlangt von den Männern ihres Vertrauens, daß sie alles aufbieten, um durch friedliche Vereinbarungen den nationalen Streit in Böhmen zu beendigen. Sie würde es nicht begreifen, wenn formale Bedenken es vermöchten, den Ausgleichsgedanken in den Hintergrund zu drängen. Der Moment erfordert wirklich die Anspannung aller Kräfte, und man muß deshalb erwarten, daß alle Parteien das sachliche Ziel im Auge behalten und sich bei ihren Entschließungen lediglich von dem Wunsche leiten lassen, an der baldigen Beseitigung der heutigen, von der Bevölkerung als unerträglich empfundenen Zustände mitzuarbeiten."

•

Aus Budapest, 16. Oktober, wird uns geschrieben: Man ist in unterrichteten Kreisen der Ansicht, daß die Opposition durch ihren passiven Widerstand sich selbst in eine unbequeme und nachgerade peinliche Lage versetzt hat. Es gilt dies für alle Parteien der Opposition, und die Andrassypartei bildet keine Ausnahme; denn die Waffenbrüderschaft verpflichtet in diesem Punkte die Verbündeten zu einer gewissen Solidarität. Bis auf einige Mitglieder der verschiedenen Oppositionsparteien, deren Sonderstellung bereits seit Jahr und Tag bekannt ist, und die sich voraussichtlich bei Beginn der meritorischen Verhandlungen im Parlamente einfinden werden — es dürften ihrer 10 bis 12 sein — wird daher die Opposition den Sitzungen auch weiter fernbleiben. Schon jetzt wurde aber sehr vielen oppositionellen Abgeordneten aus den Kreisen ihrer Wähler nahegelegt, das widersinnige Resistenzspiel aufzugeben, das mit dem Wesen und dem Zwecke des Reichstagsmandates in keiner Weise in Einklang gebracht werden könne.

Hinsichtlich der Verhandlungen der ungarischen Regierung mit den Parteien in Kroatien-Slavonien war es von allem Anfang der Zweck, diejenigen schwebenden Fragen ins reine zu bringen, die für die meritorischen Entwirrungsunterhandlungen mit den kroatischen Unionisten die Grundlage bilden sollten. Es scheint, daß diese Besprechungen nunmehr in ein Stadium getreten sind, welches ein gedeihliches Resultat verspricht, und es werden demgemäß schon in den nächsten Tagen die Pourparlers zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza und den kroatischen Politikern beginnen. Die Eisenbahnbensprangnatif befindet sich im Vordergrunde jener Materie, deren Erledigung bevorsteht. Aber diese Angelegenheit ist es nicht allein, von deren Regelung die Ueberwindung der Schwierigkeiten abhängt. Eines ist bereits gewiß, daß die ungarische Regierung, entsprechend den von Baron Skerlecz unternommenen einleitenden Schritten, alle unionistischen Elemente, also auch diejenigen, welche derzeit zur kroatisch-serbischen Koalition gehören, in die Aktion einbeziehen wird, deren Zweck entsprechend dem Wortlaut des an Baron Skerlecz erteilten Ermennungsdekretes die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände auf unionistischer Basis bildet. Die jüngst erfolgten Ernennungen in der Landesregierung sowie für die verschiedenen Obergespanschaften Kroatien-Slavoniens werden in Budapest wie auch in Agram als Präludium dieser Lösungsmodalität betrachtet. Auch mit den Rumänen Ungarns hofft das Kabinett Tisza zu einem befriedigenden Uebereinkommen zu gelangen. Die Besprechungen, die Graf Tisza schon geraume Zeit vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten mit den führenden Persönlichkeiten der ungarländischen Rumänen gepflogen hat, wird er in nächster Zeit fortsetzen. Er hegt die zuversichtliche Erwartung, daß es ihm gelingen werde, die Differenzen in einer beide Teile befriedigenden Weise zu lösen.

•

Der gestohlene Roman.

Skizze von Artur Moeller.

Aut. Uebersetzung aus dem Schwedischen von Rhea Sternberg-Berlin.

Herbert Svalling saß in dem Tagesschnellzug nach Stockholm.

Herbert Svalling war ein bedeutender schwedischer Schriftsteller, gleich geschätzt vom Publikum wie von der Kritik. Daß man seinen Namen noch nie gehört hatte, kam nur daher, daß es nicht sein wirklicher war.

Herbert Svalling hatte gerade die letzte Hand an ein Manuskript gelegt, dessen Helden noch merkwürdigere Namen trugen als er selbst. Zu diesem Zweck hatte er sich eine zweimonatige Isolierung in einer skanischen kleinen Poststation auferlegt. Aber nun war sie glücklicherweise überstanden, nun dachte er nach Stockholm zurückzukehren und seinen Kopf auszuruhen; was am besten geschah, indem er sich amüsierte und an den geselligen Freuden der Hauptstadt teilnahm. Mindestens vier Wochen lang sollte ihn niemand dazu bekommen, eine Feder anzurühren, und Tinte sollte es in seiner Wohnung überhaupt nicht geben. Svalling rieb sich die durchsichtigen Schriftstellerhände. Dort in dem braunen Handkoffer mit den vielen Gepäckmarken von den Wanderjahren her, aus Paris, Turin, Lissabon, da lag nun sein Manuskript! Fertig! Wie ein Stein, der vom Herzen genommen war, wie eine nun entfernte schmerzende Geschwulst, durch die Blut und Eiter aus einer Seele Abfluß gefunden haben, sodaß sie wieder leicht geworden ist wie ein Vogel.

Ja, die Operation konnte sich als gelungen betrachtet werden. Und das Beste dabei war, daß der Patient selbst das Honorar dafür zu erheben hatte. Er machte sich in Gedanken nochmals einen Ueberschlag, während seine Augen zu der braunen Tasche im Wagennetz hinaufleuchteten.

Morgen vormittag gleich wollte er das Manuskript zum Verleger schicken, den Vertrag unterzeichnen und das Honorar erheben. Ja, es war doch zu schön, daß man einen Verleger hatte, der es nicht mehr für nötig hielt, seine Zeit zu verlieren, indem er das Manuskript las. Mit einem leisen Schaudern erinnerte sich Svalling des Treppauf, Treppab und der fieberhaften Erwartung seiner Debutantenzeit.

Er empfand plötzlich ein Nagen in der Magenhöhle. Nun, er hatte ja auch seit acht Uhr Morgens nichts gegessen. Es war Zeit, in den Restaurationswagen zu gehen und den Lunch einzunehmen.

Der Schriftsteller hob den braunen Koffer aus dem Netz, um seinen Platz zu belegen. Und zugleich überfuhr er seine Mitreisenden mit dem Röntgenblick der psychologischen Intuition. Ach, es war ja niemand weiter da als das solide Bürgerpaar aus Landskrona, das sich nur um seinetwillen seit einigen Stunden anstrengte, eine gebildete Konversation zu führen über Theater, Parlamentarismus und Museendiebstähle. Und dann der Blondhaarige dort in der Ecke, der mit halb geschlossenen Augen im Rhythmus des Zuges nickte, der Typus eines einfältigen, gutmütigen Landwirts.

Während Svalling durch die großen Glasscheiben des Restaurationswagens Hügel und Seen und Kiefernbestand und wieder Hügel vorüberschwanken sah, unterbrochen von den Stationen, die für den Reisegewohnten allmählich nur zu Kulissen mit einem Namen werden — nächste er verstohlen lächelnd daran, was die Rezensenten wohl über sein Buch sagen würden. In allem wesentlichen wußte er es im voraus: reiche Anerkennung seines untrüglichen Menschenstudiums, feiner vornehmen Auffassung, feiner sorgfältigen Sprache; aber auch rücksichtsvolle Proteste, hinzugefügt, damit die Kritik nicht wie ein Kanegerikus wirke.

In Linköping hatte das solide Bürgerpaar den Zug verlassen. Und der blonde, einfältige Gutsbesitzer hatte die Augen langsam geöffnet. Sie starrten nun den braunen Handkoffer in der Fensterecke an. Was zum Teufel konnte nur darin sein, daß dieser Snob ihn so unglaublich befriedigt angeblitzt hatte. Und wie mißtrauisch er sich im Coupé umgeblickt hatte, ehe er in den Restaurationswagen ging! Sicher etwas Wertvolles.

Die Lokomotive pfiff gellend vor einer Station, und die Fahrt verlangsamte sich. Der Blonde spähte in den Korridor hinaus. Seine Augen wurden plötzlich klein und stechend. Niemand! — Er stand auf und trat ans Fenster. Die Vakuumbremse knarrte gerade, die Schnellzug hielt wie ein Pferd, das mit einem heftigen Ruck angehalten wird. Er sah einen Perron mit sich stoßenden Menschen, kreischenden Draisinen und eifrigen Zeitungsjungen. Mit einer raschen Bewegung ergriff er den braunen Koffer und stieg mit halb offenem Munde und verschlossenen Augen aus dem Zuge. — — Als der Restaurationswagen an ihm vorüberglitt, fühlte er eine halbe Sekunde lang die Augen des Schriftstellers mit fanatischem Mitleid auf sich ruhen. — —

In einem kleinen Hotelzimmer in der Nähe öffnete er den Koffer: Hemden, einige Paar durchbrochene Strümpfe, Schlafanzüge, Haarwasser, Nagelemail, ein Bürstenetui, ein paar ausländische Bücher — das war es, was er fand. Ja, und dann ein großer Stoß beschriebenen Papiers. Nein, das durfte nicht alles sein, das konnte nicht alles sein, sonst hätte der andere den Koffer nicht so strahlend angesehen. Aha — da war noch ein kleines Seitensack. Der Dieb steckte die zitternde Hand hinein und — fischte ein Damenporträt heraus, das er mit einem dumpfen Fluch in zwei Stücke riß und zur Erde schleuderte, um den Absatz darauf zu setzen.

Dann sank er in das Sofa und starrte vor sich hin. Das war aber doch keine Gerechtigkeit, klagte es in ihm; er setzte sich ja einer Gefahr aus und mußte doch wohl etwas für seine Arbeit haben. Diesen Plunder hier konnte er ja nicht einmal verkaufen — wenn er einem Trödler seidene Strümpfe und Nagelemail anbieten würde? Aber was war es nur gewesen, was jener so angeblitzt hatte?

Der Dieb blätterte in dem großen Papierstoß. Vollgeschrieben, jede einzige Seite. So viel Mühe machte man sich wohl nicht umsonst. Irgend ein Wert mußte doch wohl darin stecken.

Mit einem Seufzer legte er bis auf weiteres den Stoß wieder zu den anderen Sachen zurück und schloß den Koffer. Seinen Kameraden würde er jedenfalls von dieser Geschichte nichts verraten.

•

Eine Woche später saß er in einem Café, und als er die Zeitung öffnete, fiel sein Blick auf die folgende Annonce:

Ein brauner Koffer

ist am 6. August in dem nach Stockholm fahrenden Kontinentalzuge verloren gegangen. Da er ein Manuskript enthielt, das nur für den Unterzeichneten von Wert ist, dürfte der Finder die Liebenswürdigkeit haben, den Koffer an H. S., Bureau dieser Zeitung, zurückzusenden. Finderlohn hundert Kronen. Den Koffer selbst und den sonstigen Inhalt kann der Betreffende gern behalten. Vollste Diskretion zugesichert. — —

Den 6. August! Er sah in seinem Notizbuch nach. Es stimmte. Der Dieb bestellte noch eine halbe Porter und überlegte. Steckte dahinter eine Falle? Er las die Annonce noch einmal, er rief das Bild seines Mitreisenden in seiner Erinnerung wach. Ach nein.

Hundert Kronen. Beim Teufel! Immerhin etwas für die Mühe. Aber natürlich war das „Manuskript" viel mehr wert, man bot ja gewöhnlich nicht mehr als 10 % Finderlohn.

Er sann und sann. Er hatte mehrmals in freien Stunden die Zeit damit totgeschlagen, in diesem dicken Papierstoß zu lesen, der ihm so unverhofft in die Hände gefallen war. Nachdem er sich eine Weile hindurchdurchdiabiert hatte, ging es recht gut, trotz der unleidlichen Handschrift.

Er begriff, daß es eine Art Roman sein sollte, obwohl es tief unter „Der Mord in der Brautnacht" und „Die schwarze Hand" stand. Viel Spaß hatte man nicht daran. Aber von Liebe war ein wenig die Rede, und in Kapitel war es geteilt, obwohl sie nur Nummern trugen anstatt Ueberschriften. Und man merkte sofort, daß sich die Sache in Wirklichkeit nicht ereignet hatte.

Warum sollte er, der Dieb, nicht ebenfogut ein Geschäft mit dem Manuskript machen können wie dieser Snob? Wenn er den Titel änderte, auch „Herbert Svalling" fortradierte und statt dessen einen anderen seinen Namen auf das Titelblatt setzte, zum Beispiel Amadeus Höök?

Er tat es und suchte einen Buchdrucker auf. Doch dieser war keineswegs geneigt, etwas für das Manuskript zu bezahlen, sondern verlangte umgekehrt einige hundert Kronen, wenn er das Buch drucken sollte. Jedoch gab er dem Dieb den Rat, sich an einen Verleger zu wenden.

Nach acht Tagen erhielt dieser das Manuskript zurück. Man sei zu stark engagiert, und außerdem habe der literarische Beirat das Ganze zu unreif gefunden. Völlig ohne Talent sei der Autor vielleicht nicht, und nach einigen Jahren, während derer er die Entwicklungsmöglichkeiten, die in Studien und ausländischen Reisen lägen, nicht vernachlässigen dürfe, könnte man spätere Arbeiten eventuell in Betracht ziehen. — —

Der Dieb war erstaunt und erbittert über diese Antwort, er notierte sich die Adresse des Verlegers, um ihn für passende Gelegenheiten vorzumerken. — — Und er schickte den Roman sofort an einen anderen Verleger.

Aber auch da wollte man ihn nicht annehmen. Und ebenso ging es an mehreren anderen Stellen. Von einigen kam das Manuskript so rasch zurück, daß man es unmöglich gelesen haben konnte, andere schrieben wichtige und herablassende Briefe, die den Dieb so empörten, daß er in Amadeus Höös Namen bei ihnen anläutete, um ihnen seine Entrüstung auszusprechen. — —

Tatsächlich begann er allmählich, sich mit diesem solidarisch zu fühlen. Und je öfter man sein Stiefkind zurückwies, desto mehr empfand er für dieses wie ein wirklicher Vater. Er las das Manuskript immer wieder, wenn es von seinen Irrfahrten einmal eine Nacht bei ihm ausruhte, er entdeckte immer mehr Verdienste daran, er war empört über das Unrecht, dem es von seinen der kapitalistischen Schwindler ausgesetzt war. Und er schwur sich, daß es gedruckt werden solle.

Eines Nachts setzte er sich in den Besitz eines eleganten Jackettanzuges und ging am nächsten Tage in diesem Staat zu einem Verleger, von dem ihm erzählt worden war, daß er sich in seinen Entschlüssen durch den persönlichen Eindruck des Autors bestimmen lasse. Nach zweistündiger Unterhandlung war der Vertrag unterzeichnet. Amadeus Höök erhielt 200 Kronen für seinen Roman und sollte nochmals die gleiche Summe erhalten, wenn die erste Auflage vor Ende des Jahres ausverkauft wäre.